

## **„Kultur und Geschichte des östlichen Europa“**

### **Aufgabenerweiterung für das BKGE im Bereich der Politikberatung**

Der kulturelle Austausch Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn hat seit der Gründung des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE) im Jahr 1989 kontinuierlich an Bedeutung gewonnen.

Zu den Aufgaben des BKGE gehörten bisher die Beratung und Unterstützung der Bundesregierung in allen die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa betreffenden Fragen, insbesondere in den Angelegenheiten der Durchführung des § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG). Die mit der Flucht, Vertreibung und Integration der Deutschen aus dem östlichen Europa nach 1944 sowie deren Aussiedlung nach Deutschland ab 1950 (Aussiedler und Spätaussiedler) verbundenen Themen sind darin eingeschlossen. Mit der 2005 erfolgten Beauftragung des BKGE, die Vertretung der Bundesregierung im Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität wahrzunehmen, intensivierte das BKGE den Aufbau und die Pflege von Kooperationsnetzwerken mit Institutionen im In- und Ausland zu Fragen transnationaler europäischer Geschichtsbetrachtung und Erinnerung im Geiste europäischer Versöhnung und Demokratie. Mit der Osterweiterung der Europäischen Union hat dieser Bereich sukzessive an Bedeutung gewonnen.

Diese zentralen Tätigkeitsfelder werden auch weiterhin in vollem Umfang zu den Aufgaben des BKGE gehören.

Der Angriffskrieg gegen die Ukraine und die daraus resultierende Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der aggressiven Geschichtspolitik Russlands haben zu einer zusätzlichen Erweiterung der Beratungstätigkeit des BKGE geführt. Im Auftrag der Kulturstaatsministerin (BKM) hat das Institut in den Bereichen europäischer Erinnerungskultur und Geschichtspolitik sowie hinsichtlich des Schutzes kriegsbedrohten Kulturguts in der Ukraine neue Aufgaben erfolgreich übernommen.

Um die im BKGE vorhandenen Fach- und Sprachkompetenzen für das östliche Europa noch effektiver zu nutzen, hat Kulturstaatsministerin Claudia Roth diese Aufgabenerweiterung in einem am 28. August 2023 neu gefassten „Errichtungserlass“ festgeschrieben: Künftig wird die Beratung und Unterstützung der Bundesregierung durch das BKGE alle die Kultur und Geschichte des östlichen Europa betreffenden Fragen umfassen, insbesondere im durch zwei Weltkriege und deren Folgen gekennzeichneten 20. Jahrhundert. Dazu gehören auch erinnerungspolitische Angelegenheiten sowie die Koordinierung von entsprechenden Forschungs- bzw. Bildungsprojekten.

Die Erweiterungen des Aufgabenfelds gehen einher mit der Änderung des Institutsnamens; er lautet ab sofort: „Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa“ (BKGE).

BKGE, 26.09.2023